Deutscher Bundestag **Drucksache 17/3230**
17. Wahlperiode 06. 10. 2010

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

Antrag der Abgeordneten Alexander Bonde, Priska Hinz (Herborn), Sven-Christian Kindler, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucksache 17/2327 –

Haushalt zukunftsfest machen – Nachhaltig sanieren – Ökologisch und sozial investieren

A. Problem

Seit Jahrzehnten ist die Finanzierung der öffentlichen Hand prekär. Die Politik hat Schulden gemacht verbunden mit der Hoffnung, diese durch Wirtschaftswachstum bedienen zu können. Neue Ausgaben wurden beschlossen und gleichzeitig die Einnahmeseite verschlechtert. Die Wirtschafts- und Finanzkrise mit dem Einbruch der Konjunktur hat die Grenzen dieses Wachstumsglaubens aufgezeigt. Auf der Einnahmeseite sind die Steuern eingebrochen, auf der Ausgabenseite haben die Konjunkturprogramme weitere tiefe Löcher gerissen.

B. Lösung

In der Haushalts- und Finanzpolitik soll künftig das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung gelten, welches sich in der Ausgaben- und Einnahmenstruktur des Bundeshaushalts widerspiegelt.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/2327 abzulehnen.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Der Haushaltsausschuss

Petra Merkel (Berlin)
Vorsitzende

Norbert Barthle
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Alexander Bonde
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Norbert Barthle, Carsten Schneider (Erfurt), Otto Fricke, Dr. Gesine Lötzsch und Alexander Bonde

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 51. Sitzung am 1. Juli 2010 den Antrag auf **Drucksache 17/2327** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, den Haushalt 2011 mit seiner Finanzplanung zu einem Perspektivhaushalt werden zu lassen und diesen an folgenden Kriterien auszurichten:

1. Aufgabenkritik muss Priorität haben. Bestehende Standards sowie laufende Ausgaben für Aufgaben von gestern müssen kritisch überprüft werden. Hierzu zählen besonders der Etat des Bundesministeriums der Verteidigung, des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie.

2. Ökologisch schädliche Subventionen in zweistelliger Milliardenhöhe müssen beendet werden. Die Einführung einer Flugticketabgabe ist richtig. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich für eine Brennelementesteuer ein, die die steuerliche Bevorzugung gegenüber anderen Energieträgern beendet und nicht Ablasshandel für längere Laufzeiten ist. Besonders anzugehen sind ebenso die Ermäßigungen bei der Strom- und Energiesteuer, die Abschaffung des Spitzenausgleichs, der Abbau von Steuerentlastungen für besonders energieintensive Prozesse, eine ökologische Reform der Dienstwagenbesteuerung, die Kerosinbesteuerung, die Abschaffung der Privilegien der Atomwirtschaft sowie der Braun- und Steinkohleförderung und die Erhöhung der Lkw-Maut.

3. Die Einnahmebasis muss deutlich verbessert werden. Hierzu zählen eine Bundessteuerverwaltung, die Einführung einer Vermögensabgabe, die Anhebung des Spitzensteuersatzes, Einnahmesteigerungen bei der Erbschaftsteuer, die Abschaffung der Abgeltungsteuer und Wiedereinführung der Besteuerung von Zinseinkünften nach der progressiven Einkommensteuer, eine Finanzumsatzsteuer und die Rücknahme der Mehrwertsteuerermäßigung für das Beherbergungsgewerbe sowie Abbau weiterer Mehrwertsteuervergünstigungen.

4. Die finanzielle Basis des Staates muss sichergestellt bleiben. Dies geht nur in einer nachhaltigen und damit zukunftsfähigen Gesellschaft. Investitionen in die Zukunftsaufgabe Klimaschutz sind elementar und auch finanziell rentierlich. Es wird ein Energiesparfonds in Höhe von 3 Mrd. Euro pro Jahr eingerichtet. Der internationale Klimaschutz wird ausgeweitet, die Gebäudesanierung stärker gefördert, Schienen- und Radwege sind stärker auszubauen. Soziale und kulturelle Teilhabegerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit sind zu finanzieren. Die Ausgaben für Bildung, Forschung und frühkindliche Bildung müssen erhöht werden, der Bund muss seinen Teil zur zügigen Erreichung des 10-Prozent-Ziels finanzieren. Der Regelsatz im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch ist für Erwachsene auf 420 Euro zu erhöhen. Die Kinderregelsätze müssen dem entwicklungsbedingtem Bedarf der Kinder angepasst werden. Darüber hinaus ist das derzeitige Ehe- und Familienfördersystem grundsätzlich zu reformieren, um die Mittel gerechter zu verteilen und Kinderarmut effektiver zu bekämpfen. Untere Einkommen sind von Sozialversicherungsbeiträgen zu entlasten. Die Zusage, schrittweise bis zum Jahr 2015 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, muss eingehalten werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 28. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNNIS 90/ DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 25. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 35. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 54. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 21. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen

CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 17. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 21. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 21. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 18. Sitzung am 6. Oktober 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 in seiner 31. Sitzung am 6. Oktober 2010 abschließend beraten. Er beschloss mehrheitlich, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/2327 abzulehnen.

Der Beschluss wurde mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefasst.

Berlin, den 6. Oktober 2010

Norbert Barthle
Berichterstatter

Carsten Schneider (Erfurt)
Berichterstatter

Otto Fricke
Berichterstatter

Dr. Gesine Lötzsch
Berichterstatterin

Alexander Bonde
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333